

13. III. 1915.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags über unsere Kriegswirtschaft.

Der verstärkte Haushaltsausschuß des Reichstages beschäftigte sich heute mit dem Etat des Reichsamts des Innern. Die Verhandlungen wurden nach der darüber ausgegebenen amtlichen Mitteilung durch einen eingehenden Bericht des Herrn Berichterstatters über die in Sachen der Volksernährung ergangenen Verordnungen eingeleitet.

Der Staatssekretär des Innern legte dann in ausführlicher Weise die Entstehung und Entwicklung der gesetzgeberischen Maßnahmen auf dem Gebiete der Volksernährung sowie ihre Wirksamkeit dar.

In der Frage der

Brotversorgung

wurden die einzelnen Maßnahmen besprochen. Dabei wurde geltend gemacht, daß die landwirtschaftlichen Kreise nicht gehindert werden dürften, von dem ihnen zustehenden Recht der Selbstbewirtschaftung ihrer Getreidevorräte nach § 26 Gebrauch zu machen. Die Kriegsgetreide-Gesellschaft solle hier noch weiter entgegenkommen, und die Behörden mehr die Selbstwirtschaft fördern. Dies sei besonders auch wegen der Kleie wichtig, damit die Landwirte bei dem Mangel an Futtermitteln die aus ihrem Getreide ermahlene Kleie möglichst zurückerhalten. Betont wurde dabei auch die Wichtigkeit, nicht nur die großen und besonders die westlichen Mühlen durch die Kriegsgetreide-Gesellschaft zu beschäftigen, sondern mit Hilfe der Kommunalverbände dafür zu sorgen, daß auch die kleinen Mühlen mahlen können und ihre alte Rundschaft versorgen. Von anderer Seite wurde gewünscht, daß die regelmäßige Versorgung der großen Zentren von der Kriegsgetreide-Gesellschaft möglichst bald endgültig in die Hand genommen würde, damit die Übergangsschwierigkeiten ihr Ende fänden. Der Reichskommissar für Mehlerversorgung legte die Tätigkeit der Kriegsgetreide-Gesellschaft und das bisher von ihr Erreichte dar und entwickelte ferner, wie sie die Versorgung vorzunehmen beabsichtige.

Dabei wurde von einer Seite die Festsetzung allgemeiner Höchstpreise für Mehl und Brot gewünscht, demgegenüber aber auf die großen unüberwindlichen Schwierigkeiten hingewiesen, die Feststellung lokal richtiger Brot- und Mehlpreise von einer Zentralstelle aus zu treffen.

Die Kriegsgetreide-Gesellschaft soll ihre Mehlpreise für die ganze Versorgungszeit bis zum 15. August feststellen, doch läßt sich die Preishöhe selbst zurzeit infolge der vielen hineinspielenden unsicheren Faktoren nicht angeben. Da die Kriegsgetreide-Gesellschaft eine gemeinnützige Gesellschaft ist, die nicht auf Erzielung großer Gewinne hinstrebt, so wird der Mehlpreis so niedrig als möglich gehalten werden.

Besonders gewünscht wurde, daß die Ergebnisse der zahlreichen statistischen Erhebungen schneller verarbeitet und nutzbar gemacht würden.

In der

Kartoffelfrage

wurde darüber geklagt, daß man nicht schneller mit schärferen Maßnahmen eingegriffen habe. Die vorübergehende Kartoffelnot in manchen Orten sei im wesentlichen jetzt beseitigt oder werde es binnen kurzem sein, wenn bei aufgehendem Wetter die Mieten geöffnet werden würden. Für die erhebliche Erhöhung der Preise für Speisekartoffeln, die von manchen Seiten als zu hoch bezeichnet wurde, wurde geltend gemacht, daß man keine anderen Mittel gehabt habe, um die Kartoffel gegen Verfäulnis zu schützen und der menschlichen Ernährung vorzubehalten. Die Wichtigkeit der Frage der ausreichenden Versorgung der großen Bevölkerungszentren mit Kartoffeln während der Kriegszeit wurde von allen Seiten anerkannt, dabei aber auch auf die sehr großen Schwierigkeiten und beinahe Unmöglichkeit hingewiesen, mit einer allgemeinen Beschlagnahme der Kartoffelvorräte etwas Wirksames zu erreichen. Es wird angestrebt werden müssen, bestimmte Kartoffelmengen in Ueberschußbezirken für die Konsumzentren festzulegen. Gegenüber der Erklärung der Staatsregierung, daß auf diesem Wege bereits Vorbereitungen eingeleitet seien, wurde der Wunsch nach schnellerer Durchführung erhoben.

Die Schwierigkeit, die erforderlichen Futtermittel zur Durchführung des nötigen Pferdebestandes wie des Rindviehbestandes und zur Aufrechterhaltung der Schweinezucht zu beschaffen, wurde von vielen Seiten beklagt

und hierfür besondere Maßnahmen der Reichsregierung auch auf finanziellem Gebiete gefordert. Der Reichssekretär sagte ein weitgehendes Entgegenkommen in dieser volkswirtschaftlich wichtigen Frage zu:

Eingehend wurde von den Rednern aller Parteien die Frage der

Schweineabschlachtung

besprochen. Die Notwendigkeit schneller Verminderung des hohen Schweinebestandes zur Sicherstellung der Kartoffelvorräte für die menschliche Nahrung wurde von der Kommission anerkannt. Von verschiedenen Rednern wurden weitgehende Maßnahmen zur energischen und beschleunigten Durchführung der Abschlachtung gefordert. Schweine von mehr als 45 Kg. Gewicht sollten mit Ausnahme der Zuchttiere (Eber und Sauen) und der nachweisbar mit Abfällen durchgefütterten Tiere, zwangsweise abgeschlachtet, mäßige Höchstpreise festgesetzt und ein Verkaufszwang durchgeföhrt werden. Von anderer Seite wurde, da mangels von Futtervorräten der Schweinebestand von allein zurückgehen würde, vor überstürztem und planlosem Vorgehen gewarnt, eine Beschleunigung der Schweinebestandsaufnahme empfohlen und die Heraussetzung der Enteignungspreise gefordert.